

Synodalausschuss für  
Gesellschaftliche Verantwortung



# RECHTSPOPULISMUS IST KEINE OPTION

Orientierungshilfe  
zum demokratischen  
Gehalt der Partei  
„Alternative für  
Deutschland“ (AfD)

## **Zum Geleit**

*„Mit denen, die das demokratische System  
in seinem Kern angreifen möchten,  
gilt es nicht, den Dialog zu suchen,  
sondern ihnen ist entschieden entgegenzutreten.“*

*(Präses Annette Kurschus)*

In Memoriam Rainer Zunder (04.10.1942 – 29.07.2020)  
Mitbegründer des Dortmunder Arbeitskreises Christ\*innen gegen Rechtsextremismus

Der Text ist digital abrufbar unter  
[www.ev-kirche-dortmund.de](http://www.ev-kirche-dortmund.de) sowie [www.christ-en-rechts.de](http://www.christ-en-rechts.de).  
Es gibt auch eine Kurzfassung in Flyerform,  
die beim Referat bestellt werden kann.

## EDITORIALE HINWEISE:

Dieser Text ist die zweite, überarbeitete Auflage der Schrift „Wofür steht die AfD? Orientierungshilfe zum demokratischen Gehalt der Partei AfD“ von 2017. Angesichts der derzeitigen Lage in der AfD sei darauf hingewiesen, dass sie den Stand vom August 2020 repräsentiert.

**Kontakt/Bestellungen:** Evangelischer Kirchenkreis Dortmund, Referat für Gesellschaftliche Verantwortung, Jägerstr. 5, 44145 Dortmund, [rgv@ekkdo.de](mailto:rgv@ekkdo.de), 0231/8494-373 (Sekretariat)

**Redaktion:** Facharbeitsgruppe Rechtsextremismus (Dr. Fritz Gnad, Pfr. Christian Höfener-Wolf, Sabine Fleiter, Diane Spitz, Pfr. Friedrich Stiller [V. i. S. d. P.], Rainer Zunder†)

**Impressum:** Evangelischer Kirchenkreis Dortmund, Synodalausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung unter Mitwirkung von Superintendentin Heike Proske

Quellen der Zitate auf Seite 1: Präses A. Kurschus, Überzeugt in Vielfalt. Die Kirche und die Herausforderung des Rechtspopulismus, Vortrag am 28. September 2018 in Villigst (Website des Institutes für Kirche und Gesellschaft der EKvW)

Dortmund, im August 2020

## INHALTSVERZEICHNIS:

1.	<b>Einführung:</b> Warum eine Bewertung der AfD aus christlicher Sicht?	
	1. Neue politische Kraft seit 2013	5
	2. Kirche bewertet Parteien?	6
	3. Analyse des Parteiprogramms von 2016	7
2.	Eine <b>Analyse</b> des Parteiprogramms an acht Beispielen	9
3.	Die <b>Kommunikationsstrategie</b> der AfD	17
4.	<b>Äußerungen</b> von Spitzenpolitiker*innen	18
5.	<b>Schlussenteil</b>	
	1. Ergebnisse	20
	2. Folgerungen	21
	3. Beschluss der Kreissynode 2017	21
	4. Empfehlungen zum Umgang mit dem Problem	22
	<b>Anmerkungen</b>	25
	<b>Anhang/Dokumentation</b>	
A 1	Björn Höcke: Unser intakter Staat befindet sich in Auflösung	27
A 2	Heiner Garbe: Dortmund: Linker Mainstream – Sozialethik von Kanzeln der Kirche	29
A 3	„Unheilige Allianz“– eine Schrift der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag	29
A 4	Annette Kurschus: Rechtspopulismus als geistliche Herausforderung	32
A 5	Markus Dröge: Was haben wir Christen dem Rechtspopulismus entgegenzusetzen?	33
A 6	Friedrich Stiller: Drei Ansatzpunkte zur theologischen Kritik des Rechtspopulismus	34



# 1. Warum eine Bewertung der „AfD“ aus christlicher Sicht?

## 1. Neue politische Kraft seit 2013

In Deutschland gibt es seit 2013 eine neue politische Kraft, die Alternative für Deutschland. Im Februar 2013 gegründet, zog sie schon 2014 in das Europaparlament und drei ostdeutsche Landesparlamente ein. Dadurch änderten sich die Kräfteverhältnisse in der Partei und im Juli 2015 spaltete sie sich. Eine Minderheit um den Parteigründer Bernd Lucke, der es vorwiegend um Kritik an der europäischen Finanzpolitik gegangen war, trat aus. Neue Parteivorsitzende (Bundessprecher genannt) wurden Frauke Petry und Jörg Meuthen. Aber bereits zwei Jahre später gab es die nächste Veränderung: 2017 scheiterte Petry mit dem Versuch, die Partei auf einen Kurs festzulegen, der mehr auf Realpolitik und Regierungsbeteiligung zielte. Auch sie verließ daraufhin die Partei. Neuer Vorsitzender neben Meuthen wurde Alexander Gauland. 2020 folgte ihm Tino Chrupalla.

Bei der Bundestagswahl 2017 stimmten nicht weniger als 5,9 Millionen Menschen für die neue Partei, was einem Stimmenanteil von 12,6% entsprach und 89 Abgeordneten den Einzug in den Bundestag ermöglichte. Seitdem ist es der AfD gelungen, nach und nach in alle Landtage einzuziehen. 2019 erzielte sie bei der Europawahl 11%, bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen wurde sie jeweils zweite Kraft mit rund 27% bzw. rund 23%. Die Partei hatte zuletzt 35.000 Mitglieder.

Die AfD beschreibt ihre politische Zusammensetzung mit den Stichworten *Liberale und Konservative, freie Bürger und überzeugte Demokraten (6)*<sup>1</sup>. Aus politikwissenschaftlicher Sicht wird sie hingegen als rechtspopulistisch eingeordnet. Drei Kennzeichen sind für Rechtspopulismus entscheidend:<sup>2</sup>

- 1. Elitenkritik:** Harsche Ablehnung sog. politischer Eliten, die sich vermeintlich vom „Volkswillen“ und einer schweigenden Mehrheit entfernt haben („Wir sind das Volk.“). Das wird mit der Vorstellung verbunden, es gäbe einen unmittelbar erkennbaren Volkswillen und nur die eigene Partei gäbe dem unverfälscht Ausdruck.
- 2. Ausgrenzung:** Scharfe Abgrenzung und Ausgrenzung von bestimmten (ethnischen, religiösen, kulturellen) Gruppen im eigenen Land, die angeblich nicht zum eigenen „Volk“ gehören. Das geht einher mit mehr oder minder offenen Ressentiments gegen solche Minderheiten im Sinne Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- 3. Vereinfachung:** Die für Populismus typische Methode, komplexe politische und gesellschaftliche Sachverhalte in unzulässiger Weise derart zu vereinfachen, dass sie den Sachverhalten kaum noch entsprechen. Wo dabei ausgegrenzte Minderheiten eine Rolle spielen, haben die Vereinfachungen möglicherweise auch die Tendenz zur rassistischen Abwertung.

Die innerparteilichen Entwicklungen führten dazu, dass der Einfluss der völkisch-autoritär-nationalistischen Strömung in der Partei, die sich schlicht „Der Flügel“ nannte, dem Bundes-Verfassungsschutz zufolge unter der Führung von Björn Höcke aus Thüringen und Andreas Kalbitz aus

Brandenburg stark zugenommen hat. Daraufhin stufte der Verfassungsschutz Anfang 2019 den „Flügel“ ebenso wie die Nachwuchsorganisation der Partei „Junge Alternative“ als Verdachtsfall ein. Im selben Jahr entschied ein Verwaltungsgericht, dass Björn Höcke, immerhin Fraktionsvorsitzender im thüringischen Landtag, es hinnehmen muss, als „Faschist“ bezeichnet zu werden. Im März 2020 stufte der Verfassungsschutz den „Flügel“ um Höcke und Kalbitz vom Verdachts- zum Beobachtungsfall hoch, was den Einsatz des gesamten nachrichtendienstlichen Instrumentariums zulässt. Kurz darauf löste sich der Flügel, der nie eine offizielle Parteiorganisation war, auf.<sup>3</sup>

Derzeit ist die Weiterentwicklung der Partei unklar. Am 15. Mai 2020 beschloss der Bundesvorstand, die Parteimitgliedschaft von Andreas Kalbitz, AfD-Fraktionsvorsitzender im brandenburgischen Landtag, aus formalen Gründen abzuerkennen. Daraufhin verlor er den Fraktionsvorsitz. Der Beschluss des Parteivorstandes wurde im Juni gerichtlich aufgehoben, woraufhin ihn die Landtagsfraktion sofort wieder zum Vorsitzenden wählte.

Am 15.06.2020 erklärte der Verfassungsschutz Brandenburg den ganzen Landesverband zum Beobachtungsfall mit der Begründung, die Brandenburger AfD sei „geprägt vom Gedankengut des völkisch-nationalen Flügels. Auch dessen vermeintliche Auflösung macht daher keinen Unterschied.“

In der Öffentlichkeit wird aufgrund der Entwicklungen der letzten Monate auch über eine Spaltung der Partei diskutiert. Der amtierende Bundessprecher Meuthen hatte dies im Frühjahr 2020 selbst vorgeschlagen, dafür aber keine Unterstützung gefunden.

Unklar ist zum jetzigen Zeitpunkt, wie weit die Auflösung des Flügels und die internen Auseinandersetzungen vor allem dazu dienen, der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht wird allerdings schon länger darauf hingewiesen, dass die Partei zwar insgesamt als rechtspopulistisch eingeordnet werden kann, sich in ihr allerdings unterschiedliche Strömungen und Milieus finden lassen. Diese sind rechtspopulistisch oder rechts-extrem, aber beispielsweise auch national-liberal und national-konservativ.<sup>4</sup> Insofern könnten die aktuellen Auseinandersetzungen auch als Machtkampf unterschiedlicher politischer Strömungen in dieser Partei rechts von den Unionsparteien interpretiert werden.

## 2. Darf Kirche Parteien bewerten?

Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, in unserem demokratischen Land einzelne Parteien zu bewerten. Christ\*innen sind mündige Menschen und frei, ihre politischen Entscheidungen selbst zu fällen. Es ist aber die Aufgabe der Kirche, „in den großen Entscheidungsfragen der Gesellschaft klare und eindeutige Orientierungspunkte“ zu nennen, wie es in der „Demokratiedenkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland heißt.<sup>5</sup> Die Kirche hat einen Öffentlichkeitsanspruch auch im politischen Bereich, und die Öffentlichkeit hat einen Anspruch zu erfahren, was die Kirche zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu sagen hat.<sup>6</sup>

Einige grundlegende, biblisch begründete Leitwerte (Orientierungspunkte), an denen sich evangelische Christinnen und Christen auch bei der Einschätzung von politischen Akteuren orientieren, sind:

- ▶ Das Eintreten für Menschenwürde und Menschenrechte eines jeden Menschen in universalistischer Gültigkeit,
- ▶ darauf fußend das Bekenntnis zur pluralen Demokratie und zum Rechtsstaat,

- ▶ die unbegrenzte Bedeutung von Nächstenliebe und Solidarität für alle Menschen,
- ▶ und nicht zuletzt der Schutz von Geflüchteten.<sup>7</sup>

Auch der EVANGELISCHE KIRCHENKREIS DORTMUND setzt sich darum seit vielen Jahren in unserer Region ein

- gegen Rechtsextremismus und Rassismus, gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit
- für die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat und eine Warnung vor den Gefahren des Rechtspopulismus,
- für den Interreligiösen Dialog und interkulturelle Verständigung sowie für den Schutz der geflüchteten Menschen in unseren Städten.<sup>8 9</sup>

Die Evangelische Kirche bekennt sich nachdrücklich zum politischen Pluralismus und zur besonderen Rolle von Parteien für die politische Willensbildung, wie sie im Grundgesetz angelegt ist. Die Kirche als Institution hält dabei gleichen Abstand zu allen Parteien und kritisiert auch jede, wenn sie dies von ihrem Auftrag und der christlichen Ethik her für erforderlich hält.<sup>10</sup> Dabei wird die Distanz allerdings grundsätzlich, wenn eine Partei Demokratie und Menschenrechte infrage stellt. Die Tatsache, dass eine Partei nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten wird, reicht als Kriterium für eine kirchliche Bewertung nicht aus. Denn für ein Parteiverbot gibt es im demokratischen Rechtsstaat zu Recht sehr hohe Hürden, weshalb ein Nichtverbot noch wenig über den demokratischen und menschenrechtlichen Gehalt einer Partei aussagt. Das zeigt sich beispielhaft an der extremistischen Kleinstpartei „Die Rechte“ oder auch der NPD.

**Bei der AfD sind gravierende Grenzüberschreitungen in Hinsicht auf Demokratie und Menschenwürde zu beobachten, die – wie gezeigt werden kann – eine generelle und grundsätzliche Bedeutung haben. Deshalb sind Christ\*innen sozialetisch herausgefordert, Stellung zu der Partei zu beziehen, die nicht weniger als eine Alternative für Deutschland sein will.**

Dabei darf nicht aus dem Blick geraten, dass die Partei auch von Mitgliedern der Evangelischen Kirche gewählt wird und Inhaber\*innen von Ämtern und Mandaten der Partei sich zur Evangelischen Kirche zählen. Außerdem behauptet die AfD, das Christentum und das christliche Abendland zu verteidigen.<sup>11</sup> Dies verschärft den Anspruch einer genauen und nachvollziehbaren Beurteilung aus christlicher Sicht. Es deutet auch darauf hin, dass hier mehr als bisher innerkirchliche Klärungen notwendig sind.<sup>12</sup>

### 3. Analyse des Parteiprogramms

Basis der hier vorgenommenen Beurteilung ist das Parteiprogramm der AfD, „Grundsatzprogramm“ genannt, das sich die Partei im Mai 2016 gegeben hat. Diese Analyse verzichtet vollständig darauf, Wahlprogramme zu analysieren, denn diese sind immer nur zeitlich befristet gültig.

Auch Einzeläußerungen von Spitzenpolitiker\*innen der Partei werden nur mit einer ganz begrenzten Auswahl von vier besonders aussagekräftigen Beispielen aufgegriffen. Zwar muss sich eine Partei nach höchstrichterlicher Rechtsprechung die Äußerungen ihres Spitzenpersonals zurechnen lassen.<sup>13</sup> Aber solche Aussagen müssen bei seriöser Betrachtung auch jeweils in ihrem Kontext interpretiert werden, wobei es wiederkehrende Mechanismen der anschließenden Distanzierung gibt, die eine solche Interpretation erschweren. Stattdessen wird das generell zu beobachtende

Kommunikationsverhalten der Partei im Blick auf provokative Äußerungen in der Öffentlichkeit in einem eigenen Kapitel betrachtet.

Für eine inhaltliche, gesellschaftspolitische und sozialetische Sachanalyse der Partei geht die Auseinandersetzung mit dem „Grundsatzprogramm“ mehr in die Tiefe als Wahlprogramme oder Einzeläußerungen. Denn ein Parteiprogramm wird von einem Parteitag beschlossen und ist maßgeblich für die Identität einer Partei. Es integriert die unterschiedlichen, in einer Partei vertretenen Meinungen und zielt auf die Abgrenzung zu anderen Parteien. Ein Parteiprogramm eignet sich auch deshalb für eine grundsätzliche Analyse aus kirchlicher Sicht, weil es für einen langen Zeitraum gelten soll. Zudem wird dieser Weg in der Auseinandersetzung mit der AfD eher selten beschritten.

Wie bei anderen Parteien auch, sind auch bei der AfD manche Aussagen Teil des pluralistischen Meinungsspektrums in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Manche Vorschläge sind sogar diskussionswürdig und werden auch andernorts diskutiert. So gibt es beispielsweise schon lange eine Debatte über mehr Elemente direkter Demokratie, wie zum Beispiel Volksabstimmungen.

In überraschender Deutlichkeit finden sich im Grundsatzprogramm der AfD aber auch Positionen, die erkennbar im Widerspruch zu Überzeugungen der Evangelischen Kirche bzw. der christlichen Kirchen stehen, die Demokratie grundsätzlich infrage stellen sowie nationalistisch-völkische Töne anschlagen.

**Eine umfassende politikwissenschaftliche Analyse oder die eigene Information wahlmündiger Bürger\*innen will diese Ausarbeitung nicht ersetzen. Sie kann aber bei der Meinungsbildung helfen.**

**Erstaunlicherweise reicht es vielfach einfach zu lesen, was im Parteiprogramm festgelegt wurde. Manches bedarf aber auch der genaueren Interpretation.**

**Bitte bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil. Lesen Sie die hier aus kirchlicher Sicht vorgenommene Bewertung, aber auch das Parteiprogramm der AfD selbst.**



## 2. Eine Analyse des Parteiprogramms an Beispielen

Das „Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der „Alternative für Deutschland“ wurde im Mai 2016 vom Bundesparteitag beschlossen. Dieses Parteiprogramm umfasst 96 Seiten und befasst sich mit 14 Themenbereichen. Demokratie, Kultur und Asylpolitik, Europa und Innere Sicherheit, Sozial- und Wirtschaftspolitik, aber auch Energiepolitik, Bildung und Steuerpolitik u. a. m. werden erörtert. In vielen Abschnitten gibt es Äußerungen, die es wert sind, genauer betrachtet zu werden.

Damit es nicht zu lang wird, konzentriert sich diese Analyse des Grundsatzprogramms aber auf fünf Themenbereiche, die aus Sicht der Evangelischen Kirche von besonderer Bedeutung sind. Es sind dies

DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE	(Kap. 1)
FAMILIE UND KINDER	(Kap. 6)
KULTUR, SPRACHE UND IDENTITÄT	(Kap. 7)
EINWANDERUNG, INTEGRATION UND ASYL	(Kap. 9)
ENERGIEPOLITIK	(Kap. 12)

### ZU KAPITEL 1: DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE

#### Beispiel 1

#### Demokratie in Deutschland – ein „illegitimer Zustand“?



*„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. [...] Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (8)*

Fast am Anfang des Wahlprogramms steht die fundamentale Behauptung, die Demokratie in Deutschland sei weitgehend außer Kraft gesetzt. Die politische Situation wird unverblümt als *illegitimer Zustand* bezeichnet. (9) Es wird behauptet, nicht mehr das Volk sei der Souverän, sondern die Berufspolitiker\*innen hätten sich selbst an die Stelle gesetzt. Vor allem aber wird der Zustand als „illegitim“ bezeichnet. Man bedenke: *Illegitim* ist die abgeschwächte Form von illegal. Juristisch ist das ein Unterschied, rhetorisch aber ist die Aussage klar.

Schon hier fallen die bewussten Sprachspiele auf, die AfD-Vertreter\*innen häufig benutzen. Sie vernebeln damit ihre wahren Positionen (s. u., auch die Zitate von F. Petry und B. Höcke).

- **Das bedeutet im Ergebnis: Die AfD geht davon aus, dass die Demokratie in Deutschland faktisch abgeschafft ist, weil das Volk durch die Politikerinnen und Politiker von der Macht ferngehalten wird.**

**Beispiel 2**

## Vertreten die Abgeordneten nicht mehr die Bürger?

Im Weiteren wird kritisiert, auch die Gewaltenteilung in Deutschland sei nicht konsequent umgesetzt. Verwiesen wird auf Minister\*innen, die zugleich Abgeordnete sind, oder ehemalige Politiker\*innen, die Richter\*innen werden. Dies sind durchaus bedenkenswerte Hinweise, die auch in anderen Parteien immer wieder diskutiert werden. Im Zusammenhang der These vom *illegitimen Zustand* wird hier aber auch der Rechtsstaat als Säule der Demokratie angegriffen.

*„Parteien sollen am politischen System mitwirken..., es aber nicht beherrschen.“ (11)*

Das ist eine durchaus berechtigte Äußerung. Auch die Evangelische Kirche und andere sehen manche Auswüchse der Parteiendemokratie kritisch. Kontext und Folgerungen im Grundsatzprogramm der AfD sind allerdings überzogen und driften sogar eindeutig in den rechtspopulistischen Bereich:

*„Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden politischen Korrektheit und des Meinungsdictates in allen öffentlichen Diskursen.“ (11)*

So wird aus der Forderung nach einer Begrenzung des Parteeinflusses plötzlich deren *Allmacht* und eine *Ausbeutung des Staates* durch die Parteien behauptet.

Diese teils berechtigten, teils unsachlichen Positionen münden schließlich in eine schwer erträgliche Aussage mit weitreichenden Folgen:

*„Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören.“ (11)*

Sicher ist Kritik an der Abhängigkeit der Abgeordneten von ihrer Partei zulässig. Schließlich sind sie laut Grundgesetz nur ihrem Gewissen verpflichtet. Aber diese Kernaussage unterstellt nichts weniger, als dass das gesamte System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in Deutschland längst zusammengebrochen sei. Die Aussage, Abgeordnete seien nicht mehr *Mandatare der Bürger*, wird ohne Einschränkungen formuliert! Es heißt *die Abgeordneten* – also alle; *unserer Parlamente* – also aller; sie haben – es ist also Realität und nicht nur eine Gefahr. Dieser Satz bestreitet damit grundsätzlich die Legitimität der Abgeordneten, der Volksvertreter.

► **Aus Sicht der AfD vertreten sämtliche Abgeordneten nicht mehr das Volk, was die oben genannte Behauptung verstärkt, die Demokratie sei in Deutschland faktisch abgeschafft.**

Übrigens: An keiner Stelle wird in diesem Kapitel davon geredet, dass es in Deutschland nach wie vor regelmäßig Wahlen gibt, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme einbringen dürfen. Der zentrale Akt der demokratischen Legitimation des Staates und seiner Organe wird ausgeblendet. Zu deutlich stellt er die Behauptung von der Abschaffung der Demokratie infrage.



### Beispiel 3

## Warum fordert die AfD Volksabstimmungen?

*„Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. ... Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen.“ (9)*

Die neue Partei fordert vehement Volksabstimmungen (9) und auch die Urwahl des Bundespräsidenten (13). Einerseits sind dies Vorschläge, die seit vielen Jahren immer wieder unter der Überschrift „Ausbau der direkten Demokratie“ diskutiert werden, andererseits gibt es sie in allen Bundesländern längst. Allerdings sind derzeit diese plebiszitären Entscheidungen auf bestimmte Bereiche beschränkt. Die AfD fordert hier nicht nur, dass grundsätzlich alle Themen zulässig sein sollen, sondern auch, dass manches, wie z. B. Änderungen am Grundgesetz, der Bevölkerung vorgelegt werden muss.

Der AfD scheint es aber mit ihren Forderungen nach Volksabstimmungen usw. nicht nur um den Ausbau einer an sich funktionierenden Demokratie in Deutschland zu gehen. Bei ihr hat das alles noch eine tiefere Bedeutung, die sich erst bei genauerem Hinsehen erschließt. Es geht für sie um nicht weniger als die Wiederherstellung der Demokratie! In diesem Zusammenhang fällt auch ins Auge, dass der Begriff der „direkten Demokratie“ im Parteiprogramm nur einmal verwendet wird, stattdessen ist aber vielfach und immer wieder vom *Volk* oder vom *deutschen Volk* die Rede. Bezugspunkt dieser plebiszitären Elemente ist also nicht die Demokratie, sondern das *Volk*.

Dazu passt übrigens die schon zitierte Formulierung, dass nur das Staatsvolk der *Bundesrepublik Deutschland* den vermeintlich *illegitimen Zustand* im Land beenden könne. (8)

- **Volksentscheide meinen nicht nur ein Mehr an Bürgerbeteiligung. Sie dienen der AfD dazu, der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes einen vermeintlichen „Volks“-Willen entgegenzusetzen.**

## Das Staatsverständnis der AfD

Ein Hinweis zum Staatsverständnis der Partei. Sie fordert in ihrem Grundsatzprogramm auch die Rückführung des Staates auf einige wenige Kernaufgaben. Sie will einen radikal schlanken Staat. Die Organisation öffentlicher Aufgaben soll nach dem Grundsatz „Privat vor Staat“ erfolgen:

*„Die ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle und faktische Grenzen. ... Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die 4 klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Aufgaben jenseits dieser 4 Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung. Wir wollen prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können.“ (10)*

Nach evangelischem Verständnis ist es demgegenüber die Aufgabe des Staates, nicht nur für Freiheit, sondern auch für Gerechtigkeit sowie die Bewahrung der Schöpfung zu sorgen, also Umwelt und Klimaschutz.<sup>14</sup>

## ZU KAPITEL 6: FAMILIE UND KINDER



### Beispiel 4

## Nur die traditionale deutsche Familie sichert die Zukunft Deutschlands?

*„Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des „Gender-Mainstreaming“-Projektes und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die „nur“ Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.“ (41)*

Das Parteiprogramm vertritt hier in übersteigerter Form das Modell der traditionellen Familie als *wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit*. Die Pluralisierung der Lebensformen wird abgelehnt. Die Evangelische Kirche hat sich demgegenüber zum Leitgedanken der Diversität von Lebensformen auf vielfältige Weise bekannt, auch wenn sie die Bedeutung von Ehe und Familie betont.<sup>15</sup>

Die Darstellung ist insgesamt polemisch ausgerichtet. So suggeriert die Rede von der Umsetzung des „Gender-Mainstreaming“-Projektes eine einheitliche, zentrale Steuerung. Der Ausbau professioneller Kinderbetreuung wird als *Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen* charakterisiert, was nach DDR-Erziehungsdiktatur klingt, obwohl diese Aufgabe tatsächlich mehrheitlich von freien nichtstaatlichen Trägern – auch den Kirchen – wahrgenommen wird, und dem Wunsch vieler Eltern und Frauen entspricht.<sup>16</sup>

Besonders kritisch ist die Bemerkung von der *generellen Betonung der Individualität* zu sehen, da hier ein problematisches Verständnis von Individuum und Volk anklingt, bei dem das Volk dem Individuum vorgeht, während in der liberalen Demokratie die Freiheitsrechte der Einzelnen grundlegend sind.

*„Den demographischen Fehlentwicklungen Deutschlands muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden. ... Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.“ (41f)*

Mehr Geburten soll es nur bei der *einheimischen Bevölkerung* geben – Kinder von *Migranten* sind demgegenüber unerwünscht, weil sie angeblich nur den *ethnisch-kulturellen Wandel* beschleunigen. Es ist nicht wie üblich vom demographischen Wandel die Rede, sondern von *demographischen Fehlentwicklungen*.

Es ist schwer, diese Gedanken nicht als rassistisch zu bezeichnen. Die Gegenüberstellung von *einheimischer Bevölkerung* und *Migranten* bleibt bewusst vage, obwohl ein Teil der deutschen Bevölkerung längst einheimisch gewordene Migrant\*innen sind. Ab welchem Zeitpunkt gelten sie als einheimisch? Juristische Kategorien wie Staatsbürgerschaft spielen hier erkennbar keine Rolle. Die Begrifflichkeiten erschließen sich nur im Zusammenhang des Gedankens einer *kulturellen Identität des deutschen Volkes*, der im folgenden Abschnitt ausgeführt wird. Die Definition der *einheimischen Bevölkerung* ist offensichtlich an einem kulturell-völkisch verstandenen „Deutschtum“ orientiert.

Die Verbindung mit der als *Masseneinwanderung* bezeichneten Zuwanderung und die Formulierung vom *ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur* transportieren gleichzeitig den Gedanken vom „Großen Austausch“, einem Leitgedanken der Identitären Bewegung.<sup>17</sup> Im Weiteren ist dann auch noch von der *Masseneinwanderung aus islamischen Ländern* die Rede. (42)

- **Die Ausführungen zur Familienpolitik verabsolutieren das traditionale Familienmodell und verbinden Vorschläge zum demografischen Wandel mit identitären, völkisch-nationalistischen Grundgedanken.**

## ZU KAPITEL 7: KULTUR, SPRACHE UND IDENTITÄT

### Beispiel 5

### Sind „Kultur“ und nationale „Identität“ des „deutschen Volkes“ bedroht?



*„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: Erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition ... und drittens dem römischen Recht.“*

*„Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“ (47)*

Die Bezugspunkte Christentum, Humanismus und römisches Recht zu nennen, ist insofern nicht unberechtigt, als sie wichtige Faktoren der deutschen Geschichte sind. Nur sagt das noch wenig über ihre heutige Geltung aus. Die weiteren Ausführungen offenbaren aber den gemeinten Kontext: Hier liegen Leitgedanken einer „kulturellen Identität“ des „deutschen Volkes“ zugrunde.

Dabei erfolgt die Rede von der Identität nicht zufällig.<sup>18</sup> Sie verweist auf Gedanken der europaweit anzutreffenden sogenannten „Identitären Bewegung“,<sup>19</sup> die das eindeutig rechtsextremistische Konzept der biologischen Rassereinheit eines Volkes, das in Deutschland aufgrund der NS-Zeit strafrechtlich verfolgt wird, durch das Konstrukt einer kulturellen Reinheit einer Gesellschaft ersetzt. Nation als kulturelle Einheit ist nicht weit davon entfernt, zumal, wenn es mit drastischen Drohungen über unvermeidbare Konflikte und dem Untergang der Nation als kulturelle Einheit verbunden wird. (47)

Die an anderer Stelle zu findende Formulierung, *unser aller Identität* sei vorrangig *kulturell determiniert* (46), meint nichts anderes, als dass auch beim Einzelnen die Identität als Deutscher davon abhängt, dass er in der *deutschen Leitkultur* aufwächst und lebt.<sup>20</sup>

Die *einheimische Kultur* ist dabei nicht nur eine Sparte der Gesellschaft, die etwa mit Kunst und Theater zu tun hat. Als Leitbegriff der „Neuen Rechten“ meint „Kultur“ die überzeitlichen, ethnisch homogenen Wesensmerkmale, in denen sich die Identität des deutschen Volkes ausdrückt. Diese Kultur ist an Volk und Territorium gebunden und muss vor Vermischung geschützt werden. Der Einzelne wird hineingeboren und hat Anteil an ihr. Der Begriff dient in diesem Kontext nicht zuletzt dazu, die historisch belasteten Begriffe „Deutschtum“ und „Rasse“ zu vermeiden.<sup>21</sup>

Aussagekräftiger ist da schon die Kritik an der multikulturellen Gesellschaft, die als Ideologie des Multikulturalismus bezeichnet wird. Andere kulturelle Strömungen in Deutschland werden als importiert, ein kulturelles Miteinander als geschichtsblind kritisiert. Das Ganze läuft auf die Behauptung zu, es gehe um nichts weniger als den sozialen Frieden und den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit.

Wo von der *Ideologie des Multikulturalismus* die Rede ist, steht im Hintergrund das Konzept des „Ethnopluralismus“ der Neuen Rechten.<sup>22</sup> Das meint, dass jede ethnische Gruppe ihre Eigenarten hat und im eigenen Gebiet leben darf, die Gruppen sich aber nicht vermischen dürfen. Das Konstrukt modernisiert das alte Modell der Überlegenheit bestimmter Völker und „Rassen“.

► **Formulierungen wie Multikulturalismus, Nation als kulturelle Einheit und deutsche kulturelle Identität beziehen sich auf die Gedankenwelt der „Neuen Rechten“. Leitbegriffe wie „Kultur“, „Nation“ und „Identität“ sind im dortigen ideologischen Kontext geprägt. Insofern transportiert das Parteiprogramm an diesen Stellen in besonderer Weise völkisch-nationalistisches und teilweise sogar rechtsextremes Gedankengut.**

#### Beispiel 6



### Der Islam gehört nicht zu Deutschland?

Es überrascht vor diesem Hintergrund wenig, dass eine strikt ablehnende Haltung zum Islam und zu den Muslim\*innen in Deutschland eingenommen wird.

*„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werte.“ (49)*

*„Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen.“ (48)*

*„Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalieren.“ (49)*

Menschen muslimischen Glaubens werden nicht pauschal verdächtigt. Trotzdem ist der Kontext eindeutig. Das markiert der als Überschrift gesetzte Satz, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Es stellt sich die Frage, ob denn die Muslim\*innen wenigstens zu Deutschland gehören, wie es in der Diskussion nach dem berühmten Diktum des Altbundespräsidenten Wulff zumindest festgehalten wurde. Aber auch dies darf nicht gelten, denn zusätzlich werden die Gefahren der „Ausbreitung“ und „Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen“ beschworen.

Einerseits werden rechtstreu Muslime erwähnt. Andererseits wird aber vor allem betont, dass der Islam aus Sicht der AfD nicht kompatibel mit Deutschland ist bzw. der „kulturellen Identität“ des „deutschen Volkes“. Es wird der Eindruck einer schleichenden muslimischen Übernahme erweckt, wenn von der „ständig wachsenden Zahl“ geredet wird. Dies ist wiederum sehr nah an rechtsextremer Propaganda und Thesen der Identitären Bewegung nach dem Motto, die deutsche



Kulturnation werde von einwandernden Fremdvölkern, Flüchtlingen und Muslimen verdrängt und die Deutschen würden zur bedrohten Spezies im eigenen Land.

- **Die AfD nimmt eine feindliche Haltung zu den Muslim\*innen ein. Sie kann keinesfalls bloß als islamkritisch bezeichnet werden. Denn trotz einiger Abschwächungen wird der Eindruck einer schleichenden muslimischen Übernahme erweckt. Das ist im Kern diskriminierend.**

## ZU KAPITEL 9: EINWANDERUNG, INTEGRATION UND ASYL



### Beispiel 7

## Geflüchtete bedeuten Unruhen und das Ende der deutschen Kultur?

*„Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. [...]*

*Die aktuelle deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik kann deshalb so nicht weitergeführt werden. Die unzutreffende Bezeichnung „Flüchtling“ für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um dauerhaft zu bleiben, ist Ausdruck dieser verfehlten Politik. [...]*

*Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die, die anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen. [...]*

*Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Missbrauch führt ... zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedlung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen.*

*„Die AfD sieht in dieser Entwicklung die entstehende Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen.“ (59)“*

Dramatische Worte leiten den Passus ein. Es ist hier nicht der Platz, im Einzelnen die Instrumente zu analysieren, die die AfD verfolgt. Sie zielen alle auf mehr Repression gegenüber Geflüchteten und Migrant\*innen und verfolgen das Hauptziel, die deutschen und die europäischen Außengrenzen abzuschotten. Menschen auf der Flucht sollen gar nicht mehr einreisen können.

Wichtiger ist, dass angeblich die Politiker\*innen – nicht das Grundgesetz – „großzügig“ Asyl gewähren und das trotz „massenhaften Missbrauchs“. Das ist eine unangemessene Unterstellung und sachferne Verkürzung. Jede Bitte um Asyl wird zum Missbrauch erklärt. Mit rechtsstaatlichen Verfahren hat das nichts zu tun, obwohl die AfD doch angeblich den Rechtsstaat wiederherstellen will. Wieder wird dies in den Kontext vermeintlich bedrohter kultureller Identität eingeordnet, fast unverhüllt klingt die Idee eines kulturellen Genozids an. Sogar Unruhen werden angedroht. Dies sind zentrale Bestandteile der Propaganda der Identitären Bewegung. Sie werden sehr ähnlich von Rechtsextremisten vertreten.<sup>23</sup>

- **Es bleibt festzuhalten: Die Aufnahme von Flüchtlingen wird von der AfD trotz leichter Einschränkungen vorwiegend als „Missbrauch“ angesehen und führt in ihrer Sicht zu nicht weniger als dem Ende der deutschen Kultur.**

## ZU KAPITEL 12: ENERGIEPOLITIK

### Beispiel 8

## Mehr CO<sup>2</sup> fördert das Pflanzenwachstum und hilft gegen Hunger?



*„Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. ... Der IPCC [„Weltklimarat“, d. Verf.] versucht nachzuweisen, dass die von Menschen verursachten CO<sup>2</sup>-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden. Seit die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Modelle können diese Klimaänderung nicht erklären. ...*

*IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO<sup>2</sup> auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.“ (79)*

Die AfD sieht den Klimawandel als sich wiederholendes Ereignis und bestreitet, dass er durch Menschen verursacht ist. Sie behauptet, dass zu viel CO<sup>2</sup> weder die Erdatmosphäre noch die Natur schädigen. Stattdessen wirke sich CO<sup>2</sup> positiv auf das Pflanzenwachstum aus.

Hier werden die Erkenntnisse der Wissenschaft negiert bzw. unzulässig vereinfacht. Die EKD hat hierzu schon 2009 in ihrer Studie „Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“ klar Position bezogen und für nachhaltige Veränderungen in der Klimapolitik plädiert.

*„Unter dem Schlagwort ‚Klimaneutrales Deutschland 2050 durch Dekarbonisierung‘ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO<sup>2</sup>-Konzentration zur ‚Großen Transformation‘ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO<sup>2</sup>-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken.“ (79)*

Die grundsätzliche Leugnung des Klimawandels wird verbunden mit der Behauptung, Maßnahmen zum Klimaschutz führten zu einem die Freiheit bedrohenden Fehlverhalten der Regierung. Im Vorfeld der Weltklimakonferenz von Rio 2012 hatte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen das Konzept einer „Großen Transformation“ entwickelt, um die notwendigen Veränderungen zu einer nachhaltigen Gesellschaft ohne fossile Brennstoffe zu beschreiben. Hier wird es als Instrument der Regierung zum Abbau von Freiheitsrechten fehlinterpretiert. Das entspricht zum einen gängigen Verschwörungstheorien, zum anderen wird damit einmal mehr die zweifelhafte Legitimität der aktuell regierenden Politiker\*innen angedeutet.

- **Die unwissenschaftliche Leugnung des menschengemachten Klimawandels wird mit dem Vorwurf verbunden, die Regierung plane unter diesem Vorwand den Abbau von Freiheitsrechten.**



### 3. Provokation und Skandalisierung – Die Kommunikationsstrategie der AfD

Es ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, dass die Partei, oder zumindest relevante Teile von ihr, eine eigene Kommunikationsstrategie verfolgen. Zu beobachten sind provokative Äußerungen, die die Grenze des in einer demokratischen Diskussionskultur Sagbaren verschieben oder sich sogar bewusst an der Grenze des strafrechtlich Relevanten bewegen. Dadurch wird zuallererst Aufmerksamkeit erzeugt: Medien berichten, politische Mitbewerber\*innen und andersdenkende Bürger\*innen reagieren mit Empörung. In der Reaktion darauf werden die Äußerungen relativiert oder die Kommentare der anderen als Fehlinterpretation bezeichnet. Der Verursacher nimmt eine Opferrolle ein, als seien die Reaktionen unzulässig, unverständlich und ungerecht. Dann wird auch noch behauptet, der Vorgang zeige einmal mehr die fehlende Meinungsfreiheit in Deutschland (übrigens ungeachtet dessen, dass die Äußerungen gemacht werden durften).<sup>24</sup>

Dass das alles kein Zufall ist, wurde offensichtlich, als Anfang 2017 ein internes Strategiepapier der AfD bekannt wurde: „Demokratie wiederherstellen. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben. AfD-Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“. Verfasser ist der damalige Berliner Spitzenkandidat der Partei. Auf 33 Seiten wird die Strategie für die Wahlen 2017 entwickelt, wobei sich zeigt, dass die oben skizzierte Kommunikationsmethode kein Zufall, sondern beabsichtigt ist.

Von „*sorgfältig geplanten Provokationen*“ ist die Rede, man wolle „*immer wieder politisch inkorrekt*“ sein.

Ausdrücklich wird hier auch empfohlen, dass die AfD über Provokationen hinaus besser auch keine Problemlösungsvorschläge machen soll:

*„Viele Wähler gehen nicht davon aus, dass die AfD selbst bei einer Regierungsbeteiligung die von ihr angesprochenen Probleme lösen kann.“ Es gehe nicht darum, „zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen oder zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern.“ Wichtiger sei es, „den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in eine Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern.“*

Und schließlich:

*„Die AfD lebt gut mit ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei.“*

Provokation und Skandalisierung sind also für die „Alternative“ wichtiger als reale Lösungsvorschläge. Das bedeutet, die Partei will keine politische Verantwortung übernehmen. Damit wird eine entscheidende Grundhaltung im demokratischen Wettstreit abgelehnt, dass auch bei konflikthafter Auseinandersetzung am Ende alle Parteien auf mehrheitsfähige und sachgerechte Lösungen zielen. Die Partei verweigert damit eine – sei es auch kritisch gefärbte – grundsätzlich konstruktive Haltung zu Staat und Gesellschaft nach dem Grundgesetz. Wie mit dem Wort „Altparteien“ angedeutet, steht sie in grundsätzlicher Distanz, wenn nicht Ablehnung, zur derzeitigen Demokratie in Deutschland. Dies stellt aber den Sinn politischer Kommunikation infrage, denn sie zielt auf einen kontrollierten politischen Wettstreit der demokratischen Akteure und sachgerechte Lösungen zum Wohle aller. Nach kirchlicher Überzeugung sind das die Wesensmerkmale einer demokratischen Kultur.<sup>25</sup>

## 4. Vier Äußerungen von Spitzenpolitiker\*innen

Auch wenn das in dieser Analyse nicht im Vordergrund steht, werden zur Illustrierung und Vertiefung ausgewählte Beispiele von Spitzenpolitiker\*innen der AfD vorgestellt. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung muss sich eine Partei die Äußerung ihres Spitzenpersonals zurechnen lassen.<sup>26</sup> Die Beispiele zeigen exemplarisch die Methode der Provokation durch politisch unkorrekte Aussagen und Sprachspiele an der Grenze des strafrechtlich Relevanten. Die Protagonisten wissen: Es sind Richtungsansagen an die Anhängerschaft, die ihnen zugleich bundesweite Aufmerksamkeit in den Medien verschaffen.

**Frauke Petry (2017):** „Völkisch sollte wieder positiv besetzt werden.“

Frauke Petry war von 2013 – 2017 eine der beiden Bundessprecher\*innen der Partei. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 11.09.2016 hat sie sich dafür ausgesprochen, dem mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebrachten Begriff „völkisch“ eine positive Bedeutung zu geben. „Ich sperre mich dagegen, Wörter zu Unwörtern zu erklären“, sagte Petry der „Welt am Sonntag“. Die Gleichsetzung von „völkisch“ mit „rassistisch“ sei eine „unzulässige Verkürzung“. Petry sagte weiter, ihr missfalle, dass „völkisch“ ständig nur in einem negativen Kontext benutzt werde. Dieser Begriff sollte „wieder positiv besetzt“ werden.

Tagesschau Online analysierte seinerzeit, der Begriff ‚völkisch‘ sei in der NS-Ideologie zentral. In Hitlers ‚Mein Kampf‘ tauche er dutzendfach auf und habe als Basis für die NS-Rassenideologie gedient. Nicht zufällig habe das NSDAP-Propagandablatt ‚Völkischer Beobachter‘ geheißen. Im Duden werde ‚völkisch‘ unter anderem als ‚in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus‘ stehend definiert.<sup>27</sup>

**Björn Höcke (2017):** Holocaustdenkmal als „Denkmal der Schande“

Björn Höcke ist seit August 2013 Landessprecher der AfD Thüringen, seit 2014 Mitglied im Thüringer Landtag und AfD-Fraktionsvorsitzender. Er bildet eine wesentliche Scharnierstelle zur sog. Neuen Rechten (Jürgen Elsässer, Compact; Götz Kubitschek, Institut für Staatspolitik).<sup>28</sup>

Am 17. Januar 2017 hielt er eine viel beachtete Rede vor der Landesversammlung der Jugendorganisation der AfD, der Jungen Alternative, die sog. Ballhausaal-Rede in Dresden. Hier greifen wir nur ein Thema auf. Einen längeren Auszug dokumentieren wir im Anhang.

*„Wir Deutschen ... sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat. Und anstatt die nachwachsende Generation mit den großen Wohltätern, den bekannten weltbewegenden Philosophen, den Musikern, den genialen Entdeckern und Erfindern in Berührung zu bringen, von denen wir ja so viele haben ..., vielleicht mehr als jedes andere Volk auf dieser Welt, liebe Freunde! Und anstatt unsere Schüler in den Schulen mit dieser Geschichte in Berührung zu bringen, wird die Geschichte, die deutsche Geschichte, mies und lächerlich gemacht. So kann es und darf es nicht weitergehen! ... Die Vergangenheitsbewältigung als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die lähmt ein Volk. ... Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad!“<sup>29</sup>*

Es lohnt sich, diese Rede im Zusammenhang zu lesen oder – besser noch – als Video im Internet anzusehen (s. Hinweis im Anhang). Dabei werden die Spitzen noch deutlicher. Hier wird ganz offensichtlich Geschichtsrevisionismus betrieben, provokativ eine indirekte Leugnung des Holocaust

oder zumindest seine Relativierung angedeutet. So bezeichnet Höcke auch die historische Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985, in der dieser die Kapitulation des Deutschen Reiches als Tag der Befreiung deutet, als „Rede gegen das eigene Volk und nicht für das eigene Volk“.

Der Präsident des Zentralrats der Juden Josef Schuster meinte seinerzeit, das Berliner Holocaust-Denkmal als ›Denkmal der Schande‹ zu bezeichnen sei zutiefst empörend und völlig inakzeptabel. Björn Höcke trete damit das Andenken an die sechs Millionen ermordeten Juden mit Füßen und relativiere das schwerste und in diesem Ausmaß einzigartige Menschheitsverbrechen der Geschichte. Die AfD zeige mit diesen antisemitischen und in höchstem Maße menschenfeindlichen Worten ihr wahres Gesicht.<sup>30</sup>

Hingewiesen sei auch darauf, dass die Grundgedanken der Umkehrung der Erinnerungskultur sich auch im Grundsatzprogramm der Partei finden (Kap. 7.4, S. 48)!

2018 wurde übrigens das 2017 vom Bundesvorstand der Partei eingeleitete Parteiausschlussverfahren gegen Höcke eingestellt.

### **Alexander Gauland (2018 und 2020): NS-Zeit als „Vogelschiss“/8. Mai 1945**

Gauland ist Ehrenvorsitzender der AfD seit 2019, und war zuvor zwei Jahre lang ihr Bundessprecher. Seit 2017 ist er zudem AfD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Beim Bundeskongress der Parteijugend Junge Alternative im thüringischen Seebach hielt er 2018 eine Rede, aus der die folgende Bemerkung stammt.

*„Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“, sagte Gauland dort am Samstagnachmittag. „Nur wer sich zur Geschichte bekennt, hat die Kraft, die Zukunft zu gestalten“, so Gauland. „Ja, wir bekennen uns zur Verantwortung für die zwölf Jahre“ Gauland machte aber auch deutlich, dass das nur ein Teil der deutschen Geschichte sei: „Wir haben eine ruhmreiche Geschichte – und die, liebe Freunde, dauerte länger als die verdammten zwölf Jahre.“*

Diese Äußerung löste vielfache Kritik aus. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, stellte dazu fest: „Der Holocaust, die systematische und industriell organisierte Vernichtung von über sechs Millionen Menschen, stellt ein bis dahin in der Weltgeschichte präzedenzloses Verbrechen dar. Unser Land lag nach seinem verlorenen Angriffskrieg in Schutt und Asche. Er kostete etwa 60 Millionen Menschen, darunter viele Millionen Deutsche, das Leben. Diese Bilanz der NS-Zeit als ‚Vogelschiss‘ zu bezeichnen, empört mich zutiefst“.<sup>31</sup>

Die Rede Gauland wurde auch innerhalb der AfD kritisiert. Parteiordnungsrechtliche Folgen hatte sie nicht. Der Verfassungsschutz Brandenburg bewertet es als „Geschichtsrevisionismus“, der ein „Wesensmerkmal im Rechtsextremismus“ sei.<sup>32</sup>

2020 nahm Gauland Stellung zur Bewertung des 8. Mai 1945. In diesem Jahr jährte sich die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht zum 75. Mal.

Der 8. Mai sei „ein ambivalenter Tag“. Für die KZ-Insassen sei er ein Tag der Befreiung gewesen. „Aber es war auch ein Tag der absoluten Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit“, sagte er. Der 8. Mai lasse sich nicht „zum Glückstag für Deutschland machen“. Es gäbe sicher „Positives“ zu erinnern, „aber die in Berlin vergewaltigten Frauen werden das ganz anders sehen als der KZ-Insasse“.<sup>33</sup>

Auch dieses neuerliche Votum führte zu heftigen Debatten.

## 5. Wertung und Empfehlungen

### 5.1. Die Ergebnisse der Analysen in der Übersicht

Die Ergebnissätze der Beispiele aus dem Parteiprogramm:

- ▶ Die AfD geht davon aus, dass die Demokratie in Deutschland faktisch abgeschafft ist, weil das Volk durch die Politikerinnen und Politiker von der Macht ferngehalten wird.
- ▶ Aus Sicht der AfD vertreten sämtliche Abgeordneten nicht mehr das Volk, was die oben genannte Behauptung verstärkt, die Demokratie sei in Deutschland faktisch abgeschafft.
- ▶ Volksentscheide meinen nicht nur ein Mehr an Bürgerbeteiligung. Sie dienen der AfD dazu, der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes einen vermeintlichen „Volks“-Willen entgegenzusetzen.
- ▶ Die Ausführungen zur Familienpolitik verabsolutieren das traditionale Familienmodell und verbinden Vorschläge zum demografischen Wandel mit identitären, völkisch-nationalistischen Grundgedanken.
- ▶ Formulierungen wie Multikulturalismus, Nation als kulturelle Einheit und deutsche kulturelle Identität beziehen sich auf die Gedankenwelt der „Neuen Rechten“. Leitbegriffe wie „Kultur“, „Nation“ und „Identität“ sind im dortigen ideologischen Kontext geprägt. Insofern transportiert das Parteiprogramm an diesen Stellen in besonderer Weise völkisch-nationalistisches und teilweise sogar rechtsextremes Gedankengut.
- ▶ Die AfD nimmt eine feindliche Haltung zu den Musli\*innen ein. Sie kann keinesfalls bloß als islamkritisch bezeichnet werden. Denn trotz einiger Abschwächungen wird der Eindruck einer schleichenden muslimischen Übernahme erweckt. Das ist im Kern diskriminierend.
- ▶ Es bleibt festzuhalten: Die Aufnahme von Flüchtlingen wird von der AfD trotz leichter Einschränkungen vorwiegend als „Missbrauch“ angesehen und führt in ihrer Sicht zu nicht weniger als dem Ende der deutschen Kultur.
- ▶ Die unwissenschaftliche Leugnung des menschengemachten Klimawandels wird mit dem Vorwurf verbunden, die Regierung plane unter diesem Vorwand den Abbau von Freiheitsrechten.

Eine Zusammenfassung der Kommunikationsstrategie der AfD:

- ▶ Provokationen und Skandalisierungen sind bewusster Teil der Kommunikationsstrategie der Partei, ebenso wie die Verweigerung von konkreten Lösungsvorschlägen. Und eine Auswertung der Äußerungen von Spitzenpolitiker\*innen:
- ▶ Die Beispiele zeigen exemplarisch die Methode der Provokation durch politisch unkorrekte Aussagen und Sprachspiele an der Grenze des strafrechtlich Relevanten. Die Protagonisten wissen: Es sind Richtungsansagen an die Anhängerschaft, die ihnen zugleich Aufmerksamkeit in den Medien verschaffen.

## 5.2. Das Gesamtergebnis

**Es zeigt sich: Der demokratische Gehalt der „Alternative für Deutschland“ und ihr Verhältnis zur Menschenwürde sind defizitär und müssen kritisch beurteilt werden.**

**Sie stellt Demokratie und Rechtsstaat grundsätzlich infrage, verunglimpft pauschal Muslim\*innen und Flüchtlinge und vertritt sogar rassistische und völkisch-nationalistische Positionen. Sie ist stellenweise erkennbar vom Denken der „Neuen Rechten“ geprägt und kommt in manchem rechtsextremer Ideologie nahe.**

**Absichtsvoll verfolgt sie die Strategie, mit gezielten Provokationen bewusst das friedliche Zusammenleben im Land zu stören und sich allermeist nicht an der Suche nach sachlichen Lösungen gesellschaftlicher und politischer Probleme zu beteiligen. Auch daran zeigt sich: Sie hat eine grundlegende Distanz zur Demokratie nach dem Grundgesetz.**

**Dazu passt, dass der Bundesverfassungsschutz mittlerweile relevante Teile der Partei nachrichtendienstlich beobachtet.**

## 5.3. „Rechtspopulismus ist für Christinnen und Christen keine Option“ – Beschluss der Dortmunder Kreissynode von 2017

Die Kreissynode als oberstes beschlussfassendes Organ des Kirchenkreises Dortmund hat 2017 einen grundsätzlichen Beschluss zum Rechtspopulismus gefasst, nicht zuletzt auf der Basis der ersten Auflage dieser Untersuchung. Das Dokument enthält grundlegende Richtungsangaben zur Bewertung des Rechtspopulismus. Es wird hier in leicht gekürzter Form dokumentiert.

### **Rechtspopulismus ist für Christinnen und Christen keine Option**

In jüngster Zeit ist der Rechtspopulismus in Deutschland zu einer politischen Größe geworden. Die Kreissynode erinnert daran, dass die Evangelische Kirche in der Region seit Jahren gegen Rechtsextremismus und Rassismus aktiv ist. Der christliche Glaube verpflichtet uns, für die unveräußerliche Würde eines jeden Menschen und für ein friedliches Miteinander einzutreten. Aus demselben Grund können wir heute nicht tatenlos zuschauen, wenn auf andere Weise die Grundwerte eines demokratischen Miteinanders infrage gestellt werden. (...)

#### **Wir warnen insbesondere davor,**

- dass rechtspopulistische Kräfte die Demokratie des Grundgesetzes aushöhlen, indem sie den Parlamenten die Legitimität absprechen und sich stattdessen auf einen vermeintlich eindeutigen ‚Volkswillen‘ berufen. Das hat unser Land schon einmal in den Abgrund geführt;
- dass nationalistisch-völkisches Denken wieder hoffähig gemacht werden soll. Es ist rassistisch, Zuwanderung pauschal als Bedrohung der deutschen Kultur und Identität zu bezeichnen sowie Muslim\*innen nur aufgrund ihrer Religion auszugrenzen;

- dass das befreiende Anliegen der Geschlechtergerechtigkeit und die Vielfalt der Lebensformen herabgewürdigt wird. Ein überkommenes Frauenbild wird propagiert und zugleich Familienpolitik mit nationalistischen Tönen verbunden;
- dass der europäische Gedanke verächtlich gemacht wird. Trotz mancher Probleme ist die Europäische Union nach verheerenden Kriegen zuallererst ein Friedenswerk, das es zu bewahren gilt.

#### **Die Kreissynode stellt fest:**

- ▶ Die Demokratie ist für Christinnen und Christen wertvoll. Wir wollen helfen, sie zu bewahren und zu verteidigen.
- ▶ Wir treten auch in Zukunft für den Dialog der Religionen ein, das tolerante Miteinander der Kulturen und den Schutz der Flüchtlinge.
- ▶ Nationalismus und Fremdenhass sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar.
- ▶ Rechtspopulismus ist für Christinnen und Christen keine Option.

## **5.4 Was tun? Empfehlungen zum Umgang mit der Partei AfD im Bereich der Kirche**

Die Analyse hat gezeigt, dass sich Christ\*innen und Kirche anders mit der AfD auseinandersetzen und sich ihr gegenüber differenzierter verhalten müssen als gegenüber Parteien mit einem unzweifelhaft demokratischen Gehalt. Vor dem Hintergrund der durchgeführten Analyse aus kirchlicher Sicht geben wir folgende Empfehlungen für die Gemeinden und Dienste im Kirchenkreis:

**Grundsätzlich** empfiehlt sich die von der Evangelischen Zentrale für Weltanschauungsfragen vorgeschlagene Unterscheidung zwischen

- **seelsorgerischer Situation**, in der es darum geht, im persönlichen Gespräch dem Menschen nachzugehen und womöglich ernsthaften Sorgen oder Anfragen mit seelsorgerischer Zugesandtheit zu begegnen, und einer
- **öffentlichen Situation**, in der darum geht, mit den erforderlichen Klarstellungen und Abgrenzungen nach innen und außen Position zu beziehen.<sup>34</sup>

### **Zu den konkreten Fragestellungen empfehlen wir:**

#### **1.) Räume:**

Kirchlichen Trägern empfehlen wir, genau zu bedenken, ob sie kirchliche Räume an die AfD und ihre Unterorganisationen vermieten. Solange die Partei nicht die kritisierten Positionen überdenkt, sollte ihr in kirchlichen Räumen kein Gastrecht gewährt werden.

## 2.) Veranstaltungen in kirchlicher (Mit-)Verantwortung:

Die Kirchengemeinden und kirchliche Dienste bitten wir, genau zu prüfen, ob sie offiziellen Vertreter\*innen der AfD in kirchlichen Veranstaltungen wirklich eine Bühne bieten wollen.

Im Einzelnen empfiehlt es sich, folgende vier Problemanzeigen im Vorhinein genau zu bedenken:

### **Mit dieser Partei müssen zuerst Grundsatzfragen geklärt werden, bevor man Sachfragen diskutieren kann.**

Eine Einladung nach dem Grundsatz, man wolle demokratisch alle Seiten hören, verkennt, dass diese Partei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit infrage stellt und Geflüchtete und Muslim\*innen pauschal verunglimpft. Bevor man also mit ihren Vertreter\*innen Sachdebatten zu konkreten Politikfeldern beginnen kann, müsste mit dieser Partei zuerst ihr Grundverständnis von Demokratie und demokratischer Kultur sowie ihre Haltung zur Menschenwürde und zu Minderheiten usw. kritisch erörtert werden. Ansonsten erspart der kirchliche Veranstalter der Partei die grundsätzliche Auseinandersetzung und wird dadurch mitverantwortlich für eine verkürzte, unvollständige Wahrnehmung und Darstellung. Ob ein solches Vorgehen im Rahmen einer üblichen Podiumsdiskussion allerdings möglich ist, erscheint fraglich.

### **Bei dieser Partei muss man mit Provokation rechnen statt mit einer demokratischen Diskussion über sachliche Lösungen.**

Eine kirchliche Veranstaltung zu gesellschaftspolitischen Fragen oder im Vorfeld einer Wahl mit Parteivertretern muss darauf zielen, nicht nur die politischen Unterschiede zwischen den Bewerber\*innen deutlich zu machen, sondern auch eine sachliche Debatte zu führen, die nach den konkreten Lösungsansätzen der Parteien fragt. Bei der AfD besteht allerdings das Problem, dass sie darauf zielt, durch bloße Provokationen Vorteile zu erzielen, anstatt sich einer sachlichen Debatte zu stellen und an der Suche nach sachlichen Lösungen zu beteiligen. Auch dies gehört zu den Grundfragen einer Podiumsdiskussion oder Kandidaten\*innen-Befragung im Vorfeld, die schwer lösbar scheint.

### **Die Absicht, in einer kirchlichen Veranstaltung die fragwürdigen Ziele der Partei zu entlarven, ist schwer umzusetzen.**

Wer eine solche Veranstaltung wiederum mit dem Ziele der Entlarvung der problematischen Positionen der AfD plant, sollte sich nüchtern die damit verbundenen Herausforderungen bewusst machen. Auch wenn es inzwischen eine Reihe von Ratgebern zur Vorbereitung solcher Veranstaltungen gibt, zeigt schon der tägliche professionelle Journalismus, welcher Aufwand dabei zu treiben ist und wie die Verantwortlichen dennoch mit ihrer Absicht scheitern können.

### **Wenn kirchliche Träger AfD-Vertreter\*innen nicht einladen wollen, sollten sie deshalb nicht die ganze Veranstaltung absagen, sondern eher eine Nicht-Einladung öffentlich begründen.**

Sollte sich eine kirchliche Gliederung gegen eine Beteiligung der AfD an einer solchen Veranstaltung entscheiden, sollte sie deshalb nicht die Veranstaltung insgesamt infrage stellen. Die Demokratie braucht solche Foren auch in kirchlicher Trägerschaft. Außerdem ist es das Recht der Kirche, von ihren sozialetischen Überzeugungen her selbst zu entscheiden, wem sie in ihren Veranstaltungen eine Bühne bieten will.



Empfehlenswert erscheint es aber, dass mit der Ankündigung der Veranstaltung auch öffentlich begründet wird, warum der kirchliche Veranstalter von einer Beteiligung von AfD-Repräsentant\*innen absieht. Das führt zwar möglicherweise zu Kontroversen in der Öffentlichkeit, aber es ist ein Beitrag zur Klarheit in der öffentlichen Debatte und macht deutlich, dass die Evangelische Kirche sich mit guten Gründen und nicht in parteipolitischer Absicht so entschieden hat.

### **3.) Versammlungen nach dem Versammlungsrecht:**

Sollten sich kirchliche Gliederungen an Demonstrationen und Aktionen gegen AfD-Veranstaltungen beteiligen, sollten sie deutlich machen, warum sie es tun. Eine bloße Pauschalablehnung einer AfD-Veranstaltung, die die besonderen kirchlichen Positionen und Differenzierungen nicht zum Ausdruck bringt, erscheint verkürzt und könnte die Glaubwürdigkeit von Kirche beschädigen. Das gilt auch für die damit verbundenen Aufrufe, konkreten Aktivitäten oder symbolischen Handlungen und die Redner\*innen bei solchen Aktivitäten. Es sollte insbesondere bewusst unterschieden werden, ob sich der Protest gegen Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus richtet.

### **4.) Wählbarkeit:**

Die Bürgerinnen und Bürger, die die Partei vielleicht aus Protest wählen wollen, bitten wir zu bedenken, welche Kräfte sie damit unterstützen. Ihnen und allen anderen empfehlen wir dringend, zumindest das Grundsatzprogramm von 2016 aufmerksam zu lesen. Es zeigt sehr deutlich, wessen Geistes Kind diese Partei ist.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob die AfD für Christinnen und Christen überhaupt wählbar ist. Die Leitwerte, an denen sich Christ\*innen orientieren, wurden eingangs genannt, allen voran die universalistische Geltung der Menschenwürde, Demokratie und Minderheitenschutz. Schaut man auf die untersuchten Teile des Grundsatzprogramms, dann erscheint die Partei für Christ\*innen nicht wählbar.

Wir erinnern an die Stellungnahme der Dortmunder Kreissynode:

***Rechtspopulismus ist für Christinnen und Christen keine Option.***



## Anmerkungen

- 1 Zahlen ohne weitere Kommentierung am Ende der verwendeten Zitate verweisen auf die entsprechenden Seiten des nach wie vor gültigen Parteiprogramms der AfD vom Mai 2016: „Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland“, 2016, 96.
- 2 Siehe dazu die Ausführungen EKD, Konsens und Konflikt, 2017: „Populistische Politikmuster betonen die Differenz zwischen den ‚Eliten‘ und dem ‚eigentlichen Volk‘, das sie und nur sie zu vertreten beanspruchen. Sie stehen dem gesellschaftlichen und politischen Pluralismus grundsätzlich kritisch gegenüber. Mit dem Rekurs auf einen vermeintlichen Volkswillen, dem die politische Willensbildung zu folgen habe, nutzen und unterlaufen sie zugleich die komplexen Verfahren der Aushandlung von Kompromissen, der Machtbegrenzung und Gewaltenteilung. Vielfach leben sie vom Ressentiment und schüren dazu dieses Ressentiment und damit den Ausschluss von Fremden oder Minderheiten. Ihr Terrain und ihre Chance sind der politische Raum, den die demokratischen Parteien nicht mehr abdecken. Sie beanspruchen, den Stimmen Gehör zu geben, die in der „etablierten“ Politik nicht mehr gehört werden.“ Des Weiteren vgl. die Definitionen bei EZW, Rechtspopulismus und christlicher Glaube (EZW-Texte 256/2018), 11f. Grundlegend aus politikwissenschaftlicher Sicht J.-W. Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, hg. von der BPB, 2016, 25ff, und K. Priester, Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Problem, in: Handbuch Rechtsextremismus, 2016, 533ff. Ein Problem dabei ist, dass es auch in der Forschung derzeit keine einheitliche Begrifflichkeit gibt; so F. Virchow, Handbuch Rechtsextremismus, 21.
- 3 B. Höcke erklärte dazu, er könne den „Flügel“ nicht auflösen, da dieser niemals eine formelle Organisation gewesen sei. Außerdem meinte er: „Der Flügel wird jetzt bald Geschichte sein, aber der Geist des Flügels, der wird lebendig sein in dieser AfD. Halten wir an diesem Geist fest!“; vgl. DLF Online 30.04.2020. Abruf 02.06.2020
- 4 Vgl. A. Häußler, Die AfD – Partei des völkisch-autoritären Populismus, in: Ders., Völkisch-autoritärer Populismus, 2018, 9ff
- 5 Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Denkschrift der EKD, 1985, 1984, 46
- 6 EKD, Das rechte Wort zur rechten Zeit. Denkschrift des Rates der EKD zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, 2008, 60.
- 7 Vgl. Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie, 16f. Vgl. z. B. auch zur Situation der Flüchtlinge. Neuer Rat der EKD bezieht Stellung (22.01.2016); Die Würde des Menschen ist unantastbar. Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt (11.02.2016)
- 8 Vgl. dazu beispielhaft die Synodalerklärungen: Nachhaltig gegen Rechtsextremismus engagieren (2015); Jeder Flüchtling hat eine von Gott verliehene Menschenwürde (2015) und Rechtspopulismus ist keine Option (2017).
- 9 Mehr Informationen auf der Website des Kirchenkreises [www.ev-kirche-dortmund.de](http://www.ev-kirche-dortmund.de)
- 10 Vgl. dazu M. Dröge, Die Wahrheit sagen, in: Thielmann (Hg.) Alternative für Christen? 2017, 131, bes. Anm. 43
- 11 Vgl. nur im Grundsatzprogramm Seite 47 den Bezug aufs Christentum.
- 12 Zu den notwendigen geistlich-theologischen Klärungen vgl. die Texte im Anhang, aber auch den Beitrag von M. Dröge in: Alternative für Christen?, 2017, 129ff, sowie die Beiträge von H. Lamprecht, L. Bednarz, E. Zemmrich und J. Berthold in: Rechtspopulismus und christlicher Glaube, EZW-Texte 256/2018.
- 13 Vgl. die Urteile des Bundesverfassungsgerichts BVerfGE 2, 1 [SRP-Urteil von 1952] und BVerfGE 5, 85 [KPD-Urteil von 1956]).
- 14 Vgl. nur die schon zitierte Demokratie-Denkschrift der EKD, 36f, das Sozialwort der Kirchen von 1998 und die EKD-Denkschrift zur Armutproblematik „Gerechte Teilhabe“ von 2006.
- 15 Vgl. Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2013
- 16 Zur Trägerstruktur in Deutschland vgl. die Angaben beim Ländermonitor der Bertelsmannstiftung im Bereich Frühkindliche Bildungssysteme zu „Kitas nach Träger“ für 2018. Abruf 28.05.2020
- 17 J. Bruns/K. Glösel, N. Strobl, Die Identitären – mehr als nur ein Internet-Phänomen, in: (Bundeszentrale für Politische Bildung) [www.bpb.de](http://www.bpb.de), Dossier Rechtsextremismus, 26.01.2017

- 18 Zum Begriff „Identität“ im Kontext der alten und neuen Rechten vgl. A. Häussler, Handbuch Rechtsextremismus, 2018, 144f, sowie V. Weiß, Die autoritäre Revolte, 2017, 187ff
- 19 Bundesamt für Verfassungsschutz: „Die Identitäre Bewegung ist eine Gruppierung mit französischen Wurzeln, die seit 2012 auch in Deutschland aktiv ist. Sie wendet sich gegen Multikulti-Wahn, unkontrollierte Massenzuwanderung und den Verlust der eigenen Identität durch Überfremdung. Verfassungsschützer in neun Bundesländern ... beobachten die „Identitären“ bereits. ... Zuletzt hatte es aus mehreren Bundesländern Berichte über Kontakte der Identitären Bewegung zu Politikern der AfD gegeben.“ Infos unter [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)
- 20 Zu den Vorstellungen von Volk und Individuum in der extremen Rechten, die hier durchscheinen, vgl. A. Häussler, Handbuch Rechtsextremismus, 2018, 143f
- 21 Zum Begriff „Kultur“ im Kontext der alten und neuen Rechten vgl. V. Weiss, Bedeutung und Wandel von ‚Kultur‘ für die extreme Rechte, Handbuch Rechtsextremismus, 2018, 441ff
- 22 A. Häussler, Themen der Rechten, Handbuch Rechtsextremismus 2018, 155ff
- 23 C. Book, Identitäre Kriegserklärung an die plurale Gesellschaft. Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg, Infokrieg in den Medien und reale Gewalt, in: A. Speit (Hg.), Das Netzwerk der Identitären, 2018 (BpB) 93ff
- 24 Vgl. M. Dröge, ebd., 132
- 25 In der EKD Schrift Konsens und Konflikt, 2017, 12f, heißt es: „Demokratische Politik folgt einem höchst anspruchsvollen Leitbild: Der Vorstellung nämlich, dass aus dem vernünftig ausgetragenen Streit unterschiedlicher Positionen und Überzeugungen heraus politische Entscheidungen gefällt werden, die aufgrund der Art ihres Zustandekommens gerechtfertigt sind und daher von allen Beteiligten anerkannt werden sollen. Dieses Leitbild lässt sich nur dann verwirklichen, wenn alle Beteiligten die von ihnen vertretene Position immer wieder kritisch hinterfragen – und sich selbst hinterfragen lassen. Und zwar daraufhin, ob diese Position nicht nur den eigenen Interessen dient, sondern auch das Wohl des Gemeinwesens als Ganzes befördern kann und anderen genügend Freiräume für die Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe einräumt. ... Demokratie bedarf der politischen Öffentlichkeit und einer politischen Kultur, die sich von anderen Positionen befragen lässt und nicht von vornherein die eigene Auffassung absolut setzt. Teil dieser Kultur muss es daher sein, das Gemeinsame als etwas zu verstehen, das sich nicht einfach von selbst einstellt. Es muss vielmehr im Prozess der Auseinandersetzung, des Fragens und der Kritik immer wieder neu gesucht und in Worte gefasst werden.“
- 26 Vgl. die obige Anmerkung zu den entspr. Urteilen des BVerfGE
- 27 Vgl. [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 12.09.2016
- 28 Vgl. V. Weiss, Die autoritäre Revolte, 2017, 15ff: Die ‚Neue Rechte‘ – eine Familienaufstellung
- 29 Der vollständige Wortlaut der Rede ist über einen Link erreichbar bei Tagesspiegel Online, 19.01.2017 („Gemütszustand eines total besiegten Volkes“. Höcke-Rede im Wortlaut). Ein Livemitschnitt findet sich bei YouTube: [www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRfLs](http://www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRfLs).
- 30 Vgl. Jüdische Allgemeine, 19.01.2016
- 31 Vgl. WELT ONLINE vom 02.06.2018, Gauland bezeichnet NS-Zeit als „Vogelschiss in der Geschichte“
- 32 Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Pressemitteilung Nr. 029/2020 vom 15.06.2020
- 33 Vgl. WELT Online vom 6.05.2020, Gauland sieht 8. Mai als Feiertag kritisch
- 34 So empfiehlt es H. Lamprecht, EZW-Texte 256/2018, 21. Ähnlich formuliert die EKD, Konsens und Konflikt, 2017, 26: „Der Umgang mit populistischen Positionen darf die Auseinandersetzung nicht scheuen und muss der Sprache der Ausgrenzungen eine Praxis des Involvierens und Sich-Einlassens entgegensetzen. Gleichzeitig ist klarer Widerspruch notwendig, wo Populistinnen und Populisten die Grundregeln und normativen Grundsätze demokratischer Politik nicht nur angreifen, sondern grundsätzlich zur Disposition stellen und so die Grenze zwischen Populismus und Extremismus überschreiten: Mit denen, die das demokratische System in seinem Kern angreifen möchten, gilt es nicht, den Dialog zu suchen, sondern ihnen ist entgegenzutreten.“

# Die AfD und die Kirche – Selbstzeugnisse und theologische Analysen

## ÜBERSICHT:

- A 1 Björn Höcke: Unser intakter Staat befindet sich in Auflösung
- A 2 Heiner Garbe: Dortmund: Linker Mainstream – Sozialethik von den Kanzeln der Kirche
- A 3 AfD-Fraktion Thüringen: Unheilige Allianz – Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen
- A 4 Annette Kurschus: Rechtspopulismus als geistliche Herausforderung
- A 5 Markus Dröge: Was haben wir Christen, was hat die Evangelische Kirche, dem wachsenden Rechtspopulismus entgegenzusetzen?
- A 6 Friedrich Stiller: Drei Ansatzpunkte zur theologischen Kritik des Rechtspopulismus

## A 1 Björn Höcke: Unser intakter Staat befindet sich in Auflösung

Rede am 17. Januar 2017 im Ballhaus Watzke, Dresden, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Dresdner Gespräche“, organisiert von der „Jungen Alternative“ (Auszug)

*Die Rede des Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzenden und Chef der parteiinternen Strömung „Der Flügel“ im Ballhaus Watzke von 2017 wurde berühmt, weil Höcke dort das Berliner Holocaustdenkmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnet hat. Wenig beachtet wurden andere Passagen, die ebenfalls für die völkisch-nationalistische Gesinnung des Redners und seiner Unterstützer\*innen außerordentlich aufschlussreich sind. Interessant ist beispielsweise ein Abschnitt, der Höckes Blick auf das heutige demokratische Deutschland enthält. Dabei werden auch die Kirchen unter der Bezeichnung „Amtskirche“ als Teil der „alten Kräfte“, die Deutschland bedrohen, erwähnt. Wir empfehlen, sich einmal das ganze Video anzuschauen. Quellenangaben am Ende des Artikels. (Die Redaktion)*

„[...] Liebe Freunde, um das ganze Ausmaß der Katastrophe nochmal vor Augen zu führen, in der sich unser Staat befindet, müssen wir erkennen: Unser einst intakter Staat befindet sich in Auflösung, seine Außengrenzen werden nicht mehr geschützt, er kann die innere Sicherheit nicht mehr garantieren, das Gewaltmonopol erodiert zusehends durch Inkaufnahme rechtsfreier Räume und der allgemeine Rechtsverfall schreitet voran. Unsere einst geachtete Armee ist von einem Instrument der Landesverteidigung zu einer durchgegenderten multikulturalisierten Eingreiftruppe im Dienste der USA verkommen.

[Zustimmung, Applaus]

Unsere einst hoch geschätzte Kultur – Markus Mohr hatte schon einige Schlaglichter auf diese großartige Vergangenheit geworfen, der wir uns wertschätzen können und der wir uns zurecht rühmen sollten – unsere einst hoch geschätzte Kultur droht, nach einer umfassenden Amerikanisierung, nun in einer multikulturellen Beliebigkeit unterzugehen. Unser einst bewährtes Bildungssystem wurde in den letzten Jahrzehnten, und ich sage das in aller Deutlichkeit, bewusst kaputtreformiert.

[Rufe: „Jawoll!“, Applaus]

Unsere einst stolzen Städte verwahrlosen immer mehr und sind Brutstätten von Kriminalität und Gewalt und leider oftmals Heimstätte von radikalen Islamisten. Unser einst fruchtbares Land verliert seine Bewohner, verödet aufgrund einer desaströsen und völlig falsch angelegten Strukturpolitik. Unsere einst schöne Heimat wird zusehends durch hässliche Bauten, Windräder und eine chaotische Besiedlung verunstaltet. Unsere einst kraftvolle Wirtschaft ist nur noch ein Wrack, neoliberal ausgezehrt. Unser einst beneideter, unser einst weltweit beneideter sozialer Friede ist durch den steigenden Missbrauch und die Aufgabe der national begrenzten Solidargemeinschaft sowie durch den Import fremder Völkerschaften und die zwangsläufigen Konflikte existenziell gefährdet.

[Applaus]

Liebe Freunde, und unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung, erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht.

[Applaus]

Liebe Freunde, das ist die furchtbare Lage dieses Landes, das ist die furchtbare Lage dieses Volkes im Jahre 2017. Und ich habe für diese Lage, die schon so oft beschrieben worden ist, und ich musste es nochmal in dieser notwendigen Vollständigkeit tun, ich habe für diese Lage schon des öfteren ein Bild verwendet, und ich habe bis heute kein besseres Bild gefunden. Die alten Kräfte, also die Altparteien, aber nicht nur die Altparteien, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die Amtskirchen, [Hervhg. d. Hrg.] und die immer schneller wachsenden...

[„Pfui!“, Applaus]

...und die immer schneller wachsende Sozialindustrie, die an dieser perversen Politik auch noch prächtig verdient; diese alten Kräfte, die ich gerade genannt habe, sie lösen unser liebes deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber wir, liebe Freunde, wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen, wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen!

[langer, stehender Applaus, Rufe: „Höcke, Höcke!“]

(...)“

*Björn Höcke ist der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.*

*Die Rede kann vollständig als Video bei Youtube angesehen werden:*

*Compact TV, <https://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw>, Höcke-Rede ab Minute 57:02.*

*Unser Auszug von Minute 1:09:18 bis 1:13:30.*

*Quelle: Textübernahme nach dem vollständigen Transkript der Rede bei*

*<https://pastebin.com/jQujwe89> (Letzter Abruf 27.08.2020).*

## A 2 Heiner Garbe, AfD Dortmund: Linker Mainstream – Sozialethik von den Kanzeln der Kirche

*Zum Kirchentag in Dortmund 2019 hatte das Präsidium unter Hans Leyendecker einen Doppelbeschluss gefasst, man grenze niemand von der Teilnahme aus, werde auf den Podien aber keine offiziellen Vertreter\*innen der Partei berücksichtigen, die keine sachlichen Lösungen anbieten und die Demokratie ablehnen. Dies führte zu heftigen Angriffen auf die Evangelische Kirche, auch aus den Kreisen der Dortmunder AfD. Wir dokumentieren den Ausschnitt eines Textes, den der AfD-Fraktionsvorsitzende im Rat auf der Website der Dortmunder AfD veröffentlicht wurde. (Die Redaktion)*

„Schlimmer noch als das Leyendecker-Demokratieverständnis ist die rasant weiter fortschreitende Auflösung der Kernbotschaft der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland. Nicht nur auf evangelischen Kirchentagen und Katholikentagen geht es inzwischen eher um Politik und insgesamt um weltliche Themen. Von den Kanzeln der Kirchen prasseln immer häufiger und immer wildere politische Botschaften auf die Schäflein herab, zumeist natürlich Botschaften angesagter linker Mainstream-Sozialethik, häufig gern auch mit Trump- und AfD-Geißelungen. In Zeiten, in denen die großen christlichen Kirchen in Deutschland immer weiteren Mitglieder verlieren und es der Masse der Bürger tatsächlich zugleich ökonomisch immer besser geht, setzten (!) die Kirchen immer massiver auf eine Sozialdemokratisierung ihrer Botschaft. Der zentrale Tenor: Die deutsche Gesellschaft verarmt immer weiter, die Gefahr von rechts wächst. ... Die Verkündigung des Wortes Gottes ist extrem in den Hintergrund getreten, stattdessen gefällt man sich im politischen Kampf mit Menschen, die man zu Gegnern erklärt hat. Kümmerte sich Jesus noch gezielt um das einzelne schwarze Schaf denn um die weiße Herde, so identifizieren die Kirchenfunktionäre inzwischen immer mehr schwarze Schafe, gegen die sie dann politisieren. Das spaltet die Gemeinden, aber das nimmt man für die ‚große Sache‘ eben offenbar billigend in Kauf.“

*Heiner Garbe ist der Vorsitzende der AfD-Ratsfraktion Dortmund.*

*Pressemitteilung vom 20. November 2017*

*Quelle: <https://afd-dortmund.de/aktuelles/2017/11/kirchentagsbuehne-2019-in-dortmund-keine-toleranz-gegenueber-afd/> (Letzter Abruf 27.08.2020)*

## A 3 AfD-Fraktion Thüringen: Unheilige Allianz. Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen

*Eine Analyse von Friedrich Stiller unter Mitarbeit von Diane Spitz*

„Heute paktiert die evangelische Kirche mit dem linksgrünen Zeitgeist. [...] Der Pakt mit dem Zeitgeist zeigt sich besonders deutlich im Verhältnis der evangelischen Kirche zur Frage der Migration einerseits und in der Art und Weise der Auseinandersetzung mit konservativ-patriotischen Positionen, wie die AfD sie vertritt, andererseits. Schließlich besteht die Zeitgeistigkeit der evangelischen Kirche heute vor allem auch darin, dass man bereit ist, sich von der christlichen Botschaft überhaupt ab- und einer neuen Heilslehre zuzuwenden, nämlich der Doktrin der

„Klimaretter“, dem neuen Erlösungsglauben der evangelischen Kirche.“ (14 - 15. Alle Ziffern in Klammern beziehen sich auf die o. g. Veröffentlichung.)

Im Juni 2019 veröffentlicht die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag - parallel zum Dortmunder Kirchentag - eine kleine Schrift mit dem provokativen Titel „Unheilige Allianz“. Der Titel, aber auch der kleine Auszug aus der Broschüre, zeigen, worum es geht: Nicht weniger als einen Generalangriff auf die Evangelische Kirche. Sehr tief sitzt offensichtlich der Ärger darüber, dass sich Kirchenleute in den letzten Jahren zunehmend kritisch mit der Partei auseinandergesetzt haben, und nicht zuletzt der Deutsche Evangelische Kirchentag mit seinem klugen Doppelbeschluss die Teilnahme von Funktionären der Partei ablehnte.

Die kämpferische Schrift beginnt mit einem geschichtlichen Rückblick. In der Zeit des Nationalsozialismus und der sozialistischen DDR sehen die Autor\*innen, die namentlich an keiner Stelle genannt werden, bei der Evangelischen Kirche ein „Arrangement mit den Diktaturen“ und eine „Mentalität der Anpassung und des Andienens an die Macht, und zwar nicht zuletzt um des eigenen Vorteils willen“. Das sei bestimmend bis heute, wo „die evangelische Kirche mehr denn je als politische Partei auftritt“ (12). Sie unterwerfe sich dem „linksgrünen Doktrinarismus“ (8), die „ideologisch begründete Verzerrung und Verfälschung der biblischen Botschaft“ geschehe „hemmungsloser und schamloser denn je“. (14)

Das wird an einer Reihe von Beispielen ausgeführt:

- „Die evangelische Kirche und die ‚Homo-Ehe‘“ (15–17)
- „Gender Mainstreaming und ‚geschlechtergerechte‘ Sprache“ (17–21)
- „Massenmigration als angebliche Forderung des Liebesgebots“ (22–24)
- „Das neue Glaubensbekenntnis: Klimaretter als Religionsersatz“ (25–30)

Die Themen sind aus dem Grundsatzprogramm der Partei von 2016 bekannt. Das Besondere hier ist, dass sie ausdrücklich gegen Positionen der Evangelischen Kirche gestellt werden. Das ist meist mit der Behauptung verbunden, die offiziellen Stellungnahmen der Kirche zu diesen Fragen befänden sich im Widerspruch zur Haltung der eigenen Mitgliedschaft.

Nicht zuletzt gehen die Verfasser ausführlich ins Gericht mit der kritischen Haltung evangelischer Repräsentant\*innen oder Institutionen zu ihrer Partei. (S. 30–42) So werden beispielsweise der damalige Berliner Bischof Markus Dröge angegriffen, der sich beim Kirchentag 2017 und auch sonst pointiert mit der Partei auseinandergesetzt hat, oder Margot Käßmann, und insbesondere natürlich die thüringische Kirche. Aber auch andere kirchliche Gliederungen außerhalb Thüringens werden angegriffen. Vorgeworfen wird ihnen bspw. die Teilnahme an Protestaktionen gegen die AfD, Mitwirkung an Bürgerbündnissen oder die Zusammenarbeit mit mobilen Beratungsstellen.

Im Schlussteil resümiert die AfD-Fraktion noch einmal die Vorwürfe und schreibt der Evangelischen Kirche das zu, was eigentlich als Kennzeichen der AfD gezählt wird: Die Spaltung der Gesellschaft und ein Freund-Feind-Denken.

Inhaltlich läuft alles auf den Vorwurf hinaus, die Evangelische Kirche verrate ihren eigenen Auftrag: „Anstatt die Wahrheit Jesu Christi zu verkündigen, trachtet sie danach, durch Diffamierung und Ausgrenzung die eigene linksgrüne Weltanschauung zur alleinigen Wahrheit zu erheben.“ (35)

Leider gibt es kaum Reaktionen auf diesen offensiven Angriff einer wichtigen AfD-Fraktion auf die Evangelische Kirche. Dabei wäre es wichtig, diesen geistigen Kampf, diese Auseinandersetzung um die Deutungshoheit zu führen. Denn es ist doch bemerkenswert, dass die AfD-Vertreter\*in-



nen sich hier nicht nur wie sonst allgemein und vage auf das Christentum oder die „christlich-abendländische Tradition“ beziehen. Stattdessen wird hier dezidiert behauptet, die Evangelische Kirche verrate ihren Auftrag und ausgerechnet sie, die AfD, müsse die Kirche an diesen Auftrag erinnern und die gut meinenden Kirchenmitglieder vor den Verirrungen der kirchlichen Leitungen in Schutz nehmen. Das ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, der die Diskussionslage zwischen der Evangelischen Kirche und dieser Partei noch einmal verändert.

Die Auseinandersetzung an dieser Stelle ist auch wichtig, weil es eben durchaus Einflusszonen der Rechtspopulisten in der Evangelischen Kirche gibt. Das zeigt sich nicht nur an den eher gelegentlichen Konstellationen, wo Presbyter\*innen/Kirchenälteste oder Pfarrer\*innen tatsächlich die Partei unterstützen oder in ihr mitwirken. Wichtiger noch sind die Schnittstellen, auf die Harald Lamprecht in einer Veröffentlichung der Evangelischen Zentrale für Weltanschauungsfragen als „Resonanzräume“ oder „Anknüpfungspunkte rechtspopulistischer Agitation“ zurecht hinweist. (vgl. Rechter Nationalismus und das Christentum, EZW-Texte 256/2018, S. 7–24) Er nennt dabei insbesondere die Themenfelder Familie, Islam und christlich-konservatives Ordnungsdenken. So wie Liane Bednarz in ihrem Buch „Die Angstprediger“ diese Bezüge vorwiegend mit Blick auf die katholische Seite aufgearbeitet hat, wäre es gut, wenn eine ähnliche Studie auch für die evangelische Seite entstünde.

Für die Auseinandersetzung mit „Unheilige Allianz“ ist es gut, dass zumindest Heinz-Joachim Lohmann von der EKBO (Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) dezidiert Stellung bezogen hat (vgl. Kommentar zum Kirchenpapier der Alternative für Deutschland: Unheilige Allianz, Juli 2019). Er ist in seiner Kirche der Beauftragte für den Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, schon an sich ein bemerkenswerter Arbeitsauftrag in einer Landeskirche. In seiner Stellungnahme arbeitet er Punkt für Punkt die vermeintlichen Argumente der AfD gegenüber der Kirche ab. Die Schrift leide unter „Selbstüberschätzung und Ignoranz gegenüber der Bibel“ stellt er fest, und weist insbesondere ihren Versuch, die (politisierten) Kircheneliten gegen die (rechtgläubige) Basis zu stellen, zurück. Denn es sei nachgerade ein Wesensmerkmal der Evangelischen Kirche, alle Leitungspositionen durch Wahl in Gemeinden und Synoden zu bestimmen. Damit wehrt er gekonnt den Versuch der Delegitimierung der kirchlichen Repräsentanten\*innen durch die AfD-Autoren ab.

Grundsätzlich hält er fest: „Die Evangelische Kirche bekennt sich zum christlichen Glauben als einer völkerverbindenden Kraft, der die Schwachen im Blick hat und auf ein Reich des Friedens und guten Zusammenlebens hofft. Weltoffenheit (1. Mose 9, 13) und Menschenliebe (Gal 6, 2) stehen in seinem Zentrum und bilden den Maßstab. Das entspricht einem Zeitgeist, der sich bemüht, seine Zeit in Gedanken zu fassen und einem Gemeingeist, der zum Ziel hat, das eigene Land, Europa und die Welt voranzubringen. Das klare biblische Zeugnis mit ‚linksgrünem Doktrinarismus‘ zu verwechseln, ist eine Fehleinschätzung des Papiers der AfD.“

*Quellen: Die Schrift „Unheilige Allianz. Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen“, hrg. v. d. AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Juni 2019 (Broschüre, S. 49), ist veröffentlicht unter [www.afd-thl.de](http://www.afd-thl.de).*

*Der Text von Heinz-Joachim Lohmann, Kommentar zum Kirchenpapier der Alternative für Deutschland: Unheilige Allianz, ist abrufbar unter [www.eaberlin.de/nachlese/chronologisch-nach-jahren/2019/pressemittteilung-kirchenpapier-afd/](http://www.eaberlin.de/nachlese/chronologisch-nach-jahren/2019/pressemittteilung-kirchenpapier-afd/)*

## A 4 Dr.h.c. Annette Kurschus: Rechtspopulismus als geistliche Herausforderung

[...] Auf die Frage: „Was hat die Kirche dem Rechtspopulismus entgegenzusetzen?“ gab er [Markus Dröge] die ebenso schlichte wie berücksichtigende, die ebenso anspruchsvolle wie befreiende Antwort: ‚Das Evangelium.‘ Das gilt es durchzubuchstabieren. Das gilt es nach innen wie nach außen zu betonen – gerade deshalb, weil auch die neuen Rechten das Christentum, das christliche Abendland und die so genannte, jüdisch-christliche Tradition für sich entdeckt haben. Und sie – ganz ähnlich wie den Begriff des Volkes – für sich zu okkupieren trachten. [...]

Der Münsteraner Theologe Hans-Richard Reuter formuliert in einer Studie über Religion und Nation im Denken der „Neuen Rechten“: „Von Anfang an bediente sich der Nationalismus symbolischer Ressourcen der jüdisch-christlichen Religion wie dem auserwählten Volk, dem gelobten Land und einer messianischen Zukunft.“ In diesem Zusammenhang spricht er für den Nationalismus des 18. und 19. Jahrhunderts geradezu von einem „Sakraltransfer“ aus dem Bereich der Religion auf den Begriff und den Bereich des Volkes und der Nation.

Der Rückgriff auf das alte – und in der gegenwärtigen Theologie zu Recht aufgegeben – Theorem der Schöpfungsordnung als einer der Welt von Gott eingestifteten essenziellen Verschiedenheit der Völker will dabei Ordnungen der Ungleichheit etablieren. Auch wenn die Grenzen nicht mehr genetisch-rassistisch, sondern kulturell gezogen werden. Der Kirche wird die Aufgabe zugewiesen, „die Nation in ihrer Erniedrigung wieder aufzurichten und nach außen ihre Geltung zu behaupten.“

Gegenüber diesen und ähnlichen Versuchen, [...] gilt es, sich zwei wichtige Erkenntnisse des Kirchenkampfes und der Theologie nach Auschwitz vor Augen zu führen und einer solchen Instrumentalisierung des Glaubens klar zu widersprechen. Die erste Erkenntnis: In biblisch-theologisch qualifiziertem Sinne darf von „Volk“ einzig als vom jüdischen Gottesvolk die Rede sein. Dessen Erwählung ist, wie es in Genesis 12 heißt, von Anfang an auf den Segen für alle Völker ausgerichtet. Jede religiöse Überhöhung des je eigenen Volkes führt deshalb auf ihrer Kehrseite unwillkürlich die Leugnung der besonderen und bleibenden Erwählung Israels mit sich. Zweite Erkenntnis: Wenn im christologisch-neutestamentlichen Sinne vom „Volk Gottes“ die Rede ist, so meint dies immer und stets die quer zu allen ethnischen und kulturellen Bindungen und Prägungen stehende Gemeinschaft der Glaubenden. Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft wird nur und ausschließlich durch den Glauben und die Taufe definiert. [...]

Bei aller Liebe und in aller Klarheit haben wir das auch und gerade gegenüber Christen zu betonen, die sich aufgrund gewisser scheinbar konservativer Positionen in den Fragen von Ehe, Familie und Sexualität von den „Neuen Rechten“ angezogen fühlen und ansprechen lassen. Es braucht nicht viel um zu erkennen, dass das, was unter dem Etikett des Christlichen von neurechten Theoretikern und Politikern verzapft wird, „unter kompletter Preisgabe der Botschaft Jesu“ (Hans-Richard Reuter) stattfindet und allein an der Reformulierung und Überhöhung irdischer Autorität interessiert ist.

Die Botschaft Jesu – von der wir als Kirche leben und der wir darum auch in den Herausforderungen der Gegenwart verpflichtet sind – ist demgegenüber die zuvorkommende Liebe Gottes. Auch und gerade den Fremden, den Schwachen, den Sündern und sogar den Feinden gegenüber.

*Dr.h.c. Annette Kurschus ist Präses der EKvW.*

*Quelle: Auszug aus dem Vortrag „Überzeugt in Vielfalt. Die Kirche und die Herausforderung des Rechtspopulismus“ am 28. September 2018 in Haus Villigst, Schwerte. Abrufbar unter [www.kircheundgesellschaft.de/das-institut/rechtspopulismus/](http://www.kircheundgesellschaft.de/das-institut/rechtspopulismus/)*



## A 5 Markus Dröge: Was haben wir Christen, was hat die Evangelische Kirche, dem wachsenden Rechtspopulismus entgegensetzen?

[...] Einer Bewegung, die Angst verstärkt und zur Wut aufstachelt, haben wir das frohe und hoffnungsvolle Evangelium Jesu Christi entgegensetzen! Das Evangelium weckt Glauben, schenkt Hoffnung und motiviert zur Nächstenliebe: Glaube heißt Vertrauen in Gott, Vertrauen in meine Mitmenschen, Vertrauen in mich selbst und meine Fähigkeiten, Verantwortung zu übernehmen, um meinen Teil für die gute Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auch in herausfordernden Zeiten beizutragen. Hoffnung heißt gegen die Schwarzmalerei vorzugehen und mitzuhelfen, Lösungen und Perspektiven für die Probleme zu entwickeln. Nächstenliebe heißt, uns für die Schwächsten einzusetzen, ob sie schon lange einheimisch bei uns sind, oder ob sie aus einer fremden Heimat geflohen und zu uns gekommen sind. Das heißt im Klartext: Der Rechtspopulismus macht Menschen zu Wutbürgern, das Evangelium macht Menschen zu Mutbürgern!

Was haben wir also entgegensetzen? Die Orientierung an Jesus Christus. Wir fragen: Was würde Jesus sagen zu einer Bewegung wie dem Rechtspopulismus? Natürlich ist diese Frage Niemöllers eine fiktive Frage. Aber dennoch gibt sie klare Orientierung. Die Art, wie Jesus sich dem Volk zugewandt hat, wie er seine Botschaft und seine Ethik in der Bergpredigt an das Volk formuliert hat, atmet einen völlig anderen Geist als eine Bewegung, die vorgibt, das christliche Abendland zu verteidigen, aber im Kern eine nationalistische Ideologie vertritt. Jesus hatte täglich mit bewusst verzerrender Kommunikation zu kämpfen. Er hat dagegen klar und eindeutig, aber fair und offen argumentiert. Deshalb müssen Christen gegen eine Kommunikation, die bewusst verzerren will, den Wert des verlässlichen Wortes stark machen.

Was haben wir entgegensetzen? Die geistliche Gemeinschaft der Kirchen in Europa! Wenn die AfD in ihrem Wahlprogramm angibt, sie wolle „unsere abendländische christliche Kultur ... dauerhaft erhalten“ (Parteiprogramm, S. 6), dann frage ich mich, wie sie diesen Anspruch begründen will, ohne sich an dem Selbstverständnis zu orientieren, das die europäische Christenheit schon vor längerer Zeit formuliert hat. In einem eindrücklichen Diskussionsprozess haben die europäischen Kirchen unterschiedlicher Konfession im Jahr 2001 die „Charta Oecumenica“ formuliert und darin Grundsätze als gemeinsame Zielsetzung verbunden mit Selbstverpflichtungen verbindlich festgehalten. [...]

*Markus Dröge war bis 2019 Bischof der EKBO.*

*Quelle: Der Text ist entnommen einem Vortrag auf der Kreissynode Teltow-Zehlendorf vom 25. März 2017. Überarbeitete Fassung in *Alternative für Christen?* Hg. v. W. Thielemann, Neukirchen-Vluyn 2017. Veröffentlicht auf der Website des [www.teltow-zehlendorf.de](http://www.teltow-zehlendorf.de) unter den Synodendokumenten.*

## A 6 Friedrich Stiller: Drei Ansatzpunkte zur theologischen Kritik des Rechtspopulismus

- 1.) Rechtspopulistische Rhetorik als Stilmittel ist unchristlich, weil sie echten Dialog verweigert, Verunsicherung und Angst schürt und Menschen gegebenenfalls herabwürdigt.

Populistische Rhetorik verweigert echten Dialog auf Augenhöhe und nimmt Verunsicherung und Herabwürdigung in Kauf. Ihre Vereinfachungen sind nahe an der Dialogverweigerung. Außerdem bestreitet diese Kommunikation die Komplexität der Wirklichkeit. Maßstab öffentlicher Kommunikation muss aber ein Mindestmaß an Verständigungsbereitschaft und Wahrhaftigkeit sein, die in der Demokratie unabdingbar ist, sowie eine Orientierung an der Menschenwürde eines jeden Menschen. Bischof Dröge wehrt sich zu recht gegen eine „Bewegung, die Angst verstärkt und zur Wut aufgestachelt“ und verweist dagegen auf die Gute Botschaft, das Evangelium.

- 2.) Das behauptete Gegenüber von Volk und Elite widerspricht der Demokratie nach dem Grundgesetz, die der Protestantismus kritisch-konstruktiv unterstützt.

Der Rechtspopulismus wendet sich grundsätzlich gegen die Demokratie und zielt auf ihre Delegitimierung. Christ\*innen gehen aber mit einer im Grundsatz konstruktiven Haltung an diese Demokratie heran, nicht zuletzt, weil sie Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit garantiert. (EKD, Konsens und Konflikt, 2017) Demokratie gewährt Freiheit, bemüht sich um soziale Sicherheit und Gerechtigkeit und sichert den inneren Frieden. Dieser Frieden ist aber durch eine grundsätzliche Infragestellung dieser Demokratie und den Versuch ihrer Delegitimierung in Gefahr. Teilweise wird von der AfD, z. B. im Blick auf die Migration, sogar derart von einer Bedrohung des inneren Friedens gesprochen, dass es sehr nach einer Drohung klingt. Hier fehlt jede irenische Gesinnung. Das ist für Christen ganz unannehmbar.

- 3.) Der ausgrenzende völkische Nationalismus widerspricht dem christlichen Verständnis von „Volk“ und Menschenwürde

Bei der Rede vom Volk ist generell zu unterscheiden, was eigentlich gemeint ist. Juristisch ist Volk das Staatsvolk; politisch ist Volk eine ethnische Einheit, identisch mit Nation, und soziologisch die Gruppe der Regierten. Ein überindividueller Organismus, der Staat und Individuum umfasst und übersteigt, ist Volk in einem romantisch-ideologischen Verständnis.

Aus der deutschen Geschichte, im Blick auf Nationalsozialismus („Volksgemeinschaft“) und Kommunismus („Volksdemokratie“) ist der Begriff des Volkes aus christlicher Sicht grundsätzlich desavouiert. Präses Kurschus weist darauf hin, dass für Christen nur der Gedanke des Volkes Gottes relevant ist, das jenseits aller ethnischen kulturellen und anderen Prägungen die Gemeinschaft der Glaubenden ausmacht, definiert durch den Glauben und die Taufe.

Völkischer Nationalismus und die Vorstellung der Homogenität des Volkes sind ideologische Fantasiegebilde, die einem nüchternen Begriff von Volk und Nation nicht entsprechen und in ihrer Tendenz im Widerspruch zum christlichen Glauben stehen. „Nationalismus ist eine Erscheinungsform von Sünde.“ (Bischof Bedford-Strohm, EKD-Ratsvorsitzender)

*Friedrich Stiller ist Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung im Kirchenkreis Dortmund.*

*Quelle: Auszug aus einem Vortrag „Kirchen und Rechtspopulismus“, zuerst gehalten vor dem Pfarrkonvent des Kirchenkreises Mülheim im Februar 2020.*



Der Text ist in **Kurzfassung** als Flyer erschienen.

Bestelladresse:  
Evangelischer Kirchenkreis Dortmund,  
Referat für Gesellschaftliche  
Verantwortung, Jägerstraße 5,  
44145 Dortmund,  
rgv@ekkdo.de, 0231/8494-373

